

# Rechtsoffene Polizist\*innen in der SPD? Nein Danke!



Stand: Oktober 2023

## 1 **Forderung:**

2  
3 Der Juso-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die SPD auf  
4 Bundesebene ein Verfahren zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses  
5 bezüglich einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)  
6 sowie ihren Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedschaft in der Deutschen  
7 Polizeigewerkschaft (DPoIG) aufnimmt.  
8

## 9 **Begründung:**

10  
11 (TW Rassismus)

12 Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) mit ihrem Vorsitzenden Rainer Wendt nimmt  
13 im öffentlichen Diskurs seit Jahren die Rolle eines Scharniers zwischen konservativen und  
14 rechten Milieus ein.

15 Während die GdP mit rund 175.000 Mitgliedern im DGB organisiert ist und tendenziell  
16 sozialdemokratische Positionen in Bezug auf die Politikfelder der Inneren Sicherheit  
17 vertritt, gehört die DPoIG mit etwa 94.000 Mitgliedern zum Deutschen Beamtenbund und  
18 vertritt Positionen aus dem politischen Mitte-Rechts-Spektrum. Sie stellt die Forderung  
19 nach einer drastischen Erhöhung der Stellen im Polizeiapparat und lehnt demokratische  
20 Kontrollinstrumente wie eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt\*innen ab. Die DPoIG  
21 vertritt radikale innenpolitische Positionen, wie beispielsweise die Ausrüstung der Polizei  
22 mit Gummigeschossen oder die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf  
23 Heranwachsende. Wesentlich unterscheiden sich die beiden Gewerkschaften bezüglich  
24 ihrer öffentlichen Rhetorik, wobei die DPoIG Positionen aus dem rechten Spektrum  
25 zunehmend im politischen Mainstream platziert.

26 Vor allem der DPoIG-Vorsitzende Rainer Wendt ist prominenter Wortführer dieser  
27 politischen Diskursverschiebung. Seit 2007 steht der Duisburger der Gewerkschaft vor.  
28 Schon kurz nach seiner Wahl zum DPoIG-Vorsitzenden bezeichnete er die Kläger\*innen  
29 gegen das BKA-Gesetz abfällig als »Karlsruhe-Touristen«. Das Gesetz wurde später vor  
30 dem Bundesverfassungsgericht in großen Teilen als verfassungswidrig eingestuft. Auch  
31 weitere öffentliche Positionierungen Wendts regen zum Haare raufen an. So forderte er im  
32 Zuge der großen Fluchtbewegungen von 2015 einen Zaun zwischen Österreich und  
33 Deutschland. Dabei zeigt er nicht nur wiederholt rechtsoffene Positionen, sondern auch  
34 seine Nähe zu rechten Medien. So gab er u.a. 2015 dem extrem rechten und  
35 verschwörungsideologischen Compact-Magazin ein Interview.  
36

37 Es wäre aber falsch, rechte Tendenzen in der DPoIG nur an ihrem Vorsitzenden  
38 festzumachen. Ende 2009 erschien in der thüringischen Mitgliederzeitung der DPoIG ein  
39 Kommentar des Autors Heiko Timmer, in dem er der NPD-Forderung nach härteren  
40 Strafen beipflichtete und sogar aus einer Wahlkampfzeitung der NPD zitierte. Im Februar  
41 2012 verteilte die DPoIG in Bayern einen Kalender, der rassistische Karikaturen zeigte,  
42 darunter einen Schwarzen Menschen, der bei seiner Festnahme sagt »...was heiß' hie'  
43 Ve'dunklungsgefah'...?«!. Als der Kalender in vielen Medien scharf kritisiert wurde, stellte  
44 sich Rainer Wendt schützend vor seine Kolleg\*innen: »Bei mir im Büro hängt er und da  
45 bleibt er auch hängen«. Erst vier Monate zuvor war die Mordserie des  
46 »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die  
47 ergebnislosen Ermittlungen wurden unter anderem als Ausdruck eines institutionellen

# Rechtsoffene Polizist\*innen in der SPD? Nein Danke!



Stand: Oktober 2023

48 Rassismus der Polizei bewertet, den die DPolG bis heute vehement leugnet und zugleich  
49 die Arbeit von Gremien wie dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags kritisiert.  
50 Dazu kommen personelle Kontinuitäten zwischen rechten Parteien und der DPolG: So  
51 kandidierte der heutige Berliner DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf 1990 für die Partei  
52 »Die Republikaner«. Als im Herbst 2017 in Berlin darüber spekuliert wurde, ob Personen  
53 aus kriminellen Gruppen die Polizeiakademie besuchen, trat auch Pfalzgraf in der Presse  
54 auf. Zwar sagte er, es handle sich dabei um Einzelfälle, verwies aber zugleich auf  
55 arabische Großfamilien, die versuchen würden, ihre Mitglieder in den öffentlichen Dienst,  
56 auch in die Polizei, einzuschleusen, um die eigenen Clans vor Strafverfahren zu schützen.  
57 Bei einer am gleichen Tag stattfindenden Sondersitzung des Berliner Innenausschusses  
58 wies der Polizeipräsident Klaus Kandt derlei Spekulationen insgesamt als definitiv falsch  
59 zurück.

60  
61 Einladungen der »Alternative für Deutschland« (AfD) akzeptierte die DPolG sehr schnell,  
62 nachdem sich die Partei in den Parlamenten etabliert hatte. Bereits innerhalb der ersten  
63 Legislaturperiode, in der die AfD in den sächsischen Landtag eingezogen war, besuchte  
64 Wendt mit der sächsischen DPolG-Vorsitzenden Cathleen Martin die AfD-Fraktion. Die  
65 AfD veröffentlichte ein gemeinsames Foto mit den Spitzenfunktionär\*innen der  
66 Gewerkschaft auf ihrer Homepage. Presse-Statements von Rainer Wendt und der DPolG  
67 werden zudem eifrig von AfD-Accounts und durch die »Identitäre Bewegung« geteilt und  
68 positiv kommentiert. Schon 2016 twitterte der Bochumer Polizeiforscher Thomas Feltes  
69 anlässlich der Veröffentlichung von Rainer Wendts Buch »Deutschland in Gefahr«:  
70 »Wendt macht den Sarrazin, und die DPolG wird zur AfD. Mein Gott, wo sind wir  
71 gelandet.« Tatsächlich muss die DPolG nicht zu einem gewerkschaftlichen Arm der AfD  
72 werden. Viel beunruhigender ist es, dass sie als Gewerkschaft aus dem politischen Mitte-  
73 Rechts-Spektrum dazu beiträgt, rechten Positionen im politischen Mainstream eine große  
74 Akzeptanz zu verleihen.

75  
76 Nicht nur die jüngere Geschichte hat gezeigt, dass es brandgefährlich ist, mit Menschen,  
77 die rechtes Gedankengut in die Gesellschaft tragen, Raum in der Debatte zu geben.  
78 Mindestens genauso gefährlich ist es, wenn vermeintlich Bürgerliche unter dem  
79 Deckmantel gesellschaftlich wertvoller Institutionen Hass und Hetze salonfähig machen.  
80 Wenn der gern bemühte Ausspruch "erinnern heißt kämpfen" nicht zu hohlen Phrase  
81 verkommen soll, müssen wir die Brandmauer hochziehen und unmissverständlich  
82 klarstellen, dass die DPolG nicht in gewerkschaftlicher Tradition steht. Im Gegenteil: Ihre  
83 Funktionär:innen scheinen erklärte Gegner:innen einer Gesellschaft der Freien und  
84 Gleichen zu sein.